

**Annoncen-Annahme-Bureau.**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. S. Alric & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Streiland,  
in Reseritz bei H. Mathias,  
in Breschen bei J. Jadesohn.

**Annoncen-Annahme-Bureau.**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei C. S. Paube & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Mosse.  
In Berlin, Dresden, Götting  
beim „Invalidendank“.

# Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Nr. 397.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-  
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

Sonntag, 9. Juni.

Preis der 20 Hfr. die sechsgepaltene Petitzeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu senden und werden für die am fol-  
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis  
6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

## Amtliches.

Berlin, 8. Juni. Der König hat den Landgerichts-Direktor  
v. Bergen in Bries zum Kammergerichtsrath, und den Landgerichts-  
Rath Hausleutner in Posen zum Landgerichts-Direktor er-  
nannt.

Der Regierungs-Baumeister Söhne zu Köffel in Ostpreußen ist  
als königlicher Kreis-Bau-Inspektor daselbst angestellt worden.

## Deutscher Reichstag.

99. Sitzung.

Berlin, 8. Juni. Am Tische des Bundesraths: Bronsart  
von Schellendorff.

Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr.  
Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt, und  
zwar zunächst Vermaltung des Reichsheeres.

Bei Kap. 1 der Ausgaben bringt  
Abg. Lingers (Zentrum) zur Sprache, daß in der Berliner  
Alexander-Kaserne die Dekonomie-Handwerker gezwungen seien, an  
Sonn- und Festtagen zu arbeiten und so niemals zum Besuch der  
Kirche kommen können.

Kriegsminister v. Bronsart erklart, daß dies den Intentionen  
der Militärverwaltung widerspreche; er werde der Sache nachgehen  
und wenn sich die Behauptung des Vorredners bestätige, Remedur  
eintreten lassen.

Abg. Richter (Hagen): Nach der Haltung der Mehrheitsparteien  
scheint es, daß sie sich entschlossen sind, den vorliegenden Etat genau  
in denselben Stücken, wie vor vier Monaten im vorigen Etat zu be-  
willigen. Unter diesen Umständen werde ich meine Opposition auf  
die Titel beschränken, wo im Widerspruch zum vorigen Etat Mehr-  
forderungen gemacht werden. Die ganze diesmalige Etatsberathung  
gibt ein Muster dafür ab, wie sie nicht sein soll. (Sehr wahr! links.)  
Ich will darum auch die Monotonie der Verlesung der einzelnen Titel  
durch den Präsidenten nicht unterbrechen, ja würde meinerseits sogar  
im Interesse des Herrn Präsidenten gern völlig auf diese Verlesung  
verzicht. (Heiterkeit.)

Somit werden Kapitel 14—24 der Ausgaben ohne Debatte be-  
willigt.

Bei Kap. 25 werden ohne Debatte auf Antrag der Budgetkom-  
mission (Referent v. Köller)

im preussischen Spezialetat von der in Ansatz gebrachten  
Summe von 50,290,345 M. 3,159,945 M. abgesetzt, mithin nur  
47,130,400 M. bewilligt;

ebenso

im sächsischen Spezialetat von der in Ansatz gebrachten  
Summe von 4,106,030 M. 252,743 M. abgesetzt, mithin nur  
3,853,287 M. bewilligt; und

im württembergischen Spezialetat von der geforderten  
Summe von 2,668,247 M. 129,309 M. abgesetzt, mithin nur  
2,538,938 M. bewilligt.

Der Rest des Ordinarius giebt zu keiner Debatte Veranlassung.  
Beim Extraordinarium, ordentlicher Etat, beantragt die  
Kommission, Tit. 8, „Erweiterung des Barackenkaserneaments auf dem  
Artillerie-Schießplatze bei Jüterbogk einschließlich der Utensilien-  
ergänzung, erste Rate, zugleich Baurathe, 200,000 Mark“ zu streichen.

Der Antrag der Kommission wird trotz des Widerspruchs des  
Kriegsministers, dem sich Abg. v. Wedell-Malsow anschließt,  
angenommen und die Position gestrichen, nachdem auch Abg. Frhr.  
v. Frankenstein sich gegen dieselbe erklärt hat.

Die Forderung zum Neubau eines Wohnkaserneaments  
für eine Abtheilung reitender Artillerie in Sagan (erste Rate)  
150,000 M. beantragt die Kommission zu bewilligen.

Die Position ist das vorige Mal in namentlicher Abstimmung  
mit 195 gegen 101 Stimmen abgelehnt worden.

Abg. Richter hält es für angezeigt, die Forderung auch diesmal  
abzulehnen, da dieselben Gründe wie vor vier Monaten auch noch jetzt  
maßgebend seien. Die konservativen Parteien zeigen sich bei uns nicht  
wie in anderen Ländern ebenso als Hüter der konstitutionellen Rechte  
des Parlaments wie die Liberalen, unsere Konservativen seien eher ge-  
neigt, diese Rechte preiszugeben.

Abg. Frhr. v. Frankenstein wird für den Titel stimmen,  
weil schon früher die Nothwendigkeit des Baues anerkannt worden ist,  
indem die Kosten zum Grunderwerb bewilligt worden sind. Wenn  
einige meiner politischen Freunde in der Kommission gegen diesen Titel  
gestimmt haben, so ist es ihnen nicht bekannt gewesen, daß es sich  
eigentlich um die zweite Rate handelt.

Abg. Richter (Hagen): Ueber diesen Titel hat erst vor weni-  
gen Monaten die namentliche Abstimmung stattgefunden, dabei hat  
allerdings Herr von Frankenstein für den Bau gestimmt, der größte  
Theil seiner Freunde jedoch stimmte mit uns. Daraus, daß wir für  
den Bauplatz die notwendige Summe bewilligt haben und zwar schon  
vor mehreren Jahren, darf man nicht schließen, daß wir auch gezwun-  
gen sind, die Summe für die Bauausführung selbst zu bewilligen. Die  
Ablehnung im Februar erfolgte nicht etwa aus einer allgemeinen Ab-  
neigung gegen den Offiziersstand und Kasinos, sondern aus rein sach-  
lichen Gründen. Bei dieser Berathung kommen noch neue, schwerwie-  
gende finanzpolitische Gründe zu den alten hinzu und es würde doch  
etwas eigenthümlich aussehn, wenn wir trotzdem den Bau bewilligen  
würden. (Bravo links.)

Abg. v. Kardorff: Die Ablehnung dieses Titels bei den  
letzten Etatsberathungen erfolgte aus der Absicht vieler Mitglieder,  
die Kasernenbauten zu verlangsamen. Dem Abgeordneten Richter er-  
widere ich, daß wir durch die Zustimmung zu zweijährigen Etats-  
perioden nichts von unseren konstitutionellen Rechten vergeben, da es  
konstitutionelle Länder giebt, in denen sie Gesetze sind. Meine Partei  
hat ausdrücklich erklärt, daß sie in diesem jetzigen Falle keinen Präse-  
denzfall sehen will, daß sie nur mit Rücksicht auf die Berathung der  
sozialpolitischen Vorlagen den Wunsch der Regierung erfüllt habe.  
Die zweijährigen Etats würden außerdem den Vorzug haben, die pa-  
lamentarische Arbeitszeit in eine legislative und in eine Budget-  
periode theilen zu können. Die Vorwürfe des Abg. Richter gegen uns  
waren also durchaus unberechtigt.

Abg. v. Wedell-Malsow protestirt gegen die Behauptung  
Richter's, daß die Rechte, weil sie für die zweijährige Budgetperiode  
eintrete, die Rechte des Parlaments preisgebe.

Abg. Richter bleibt bei seiner Ansicht, welche auch von der  
Mehrheit des Volkes getheilt werde. Daß übrigens die Konservativen  
ihre Ansichten mit denen der Minister ändern, haben sie erst vor we-  
nigen Jahren bewiesen, als die Regierung die neue Wirtschaftspolitik  
inaugurierte.

Abg. v. Malsahn-Gülk: Daß die Konservativen sich nicht  
nach den Ansichten der jeweiligen Minister richten, würde Herr Richter  
sicher merken, wenn er, worin uns Gott bewahre, ein Mal Minister  
würde. Daß wir allerdings Ministern, die aus unseren Reihen her-  
vorgegangen sind, keine unnützen Schwierigkeiten bereiten, ist selbst-  
verständlich.

Abg. Richter (Hagen): Es wäre jedenfalls ein kolossaler  
Widerpruch, heute die Kaserne anzunehmen, nachdem wir gestern den  
notigen Ersatzbau für die Korvette abgelehnt haben. Den Grundsatz  
des Herrn v. Frankenstein, den Bau zu bewilligen, nachdem der Bau-  
platz bewilligt ist, halte ich für bedenklich, man muß wohl zweite und  
dritte Raten bewilligen, aber es steht uns frei, jederzeit erste Bau-  
raten abzulehnen. Ein prinzipielles Bestreben, die Kasernenbauten zu  
verlangsamen, hat sich im Februar nicht geltend gemacht. Gegenüber  
der Abstimmung vor wenigen Monaten und bei dem bedenklichen  
Grundsatz des Abg. v. Frankenstein, beantrage ich namentliche Ab-  
stimmung über diesen Titel. Dem Herrn v. Malsahn erwidere ich,  
daß die konservative Partei aufhören wird, etwas zu bedeuten, wenn  
die Regierung ihre Hand von ihr abzieht. Es ist gar nicht nöthig,  
daß der Herr Richter Kanzler wird; wir brauchen nur einen Minister,  
der Wahlfreiheit gewährt und die Konservativen werden dann  
bis auf einen kleinen Rest aus Hinterpommern aus diesem Hause ver-  
schwunden sein.

Minister v. Bronsart: Das bestehende Kasernement ist un-  
brauchbar und in der Erkenntnis dieses Umstandes sind uns die  
Mittel für das Bauland bewilligt worden. Die Kasernenquartiere,  
in denen die Garnison untergebracht ist, sind in einem völlig unzuläng-  
lichen Zustande, und deshalb bitte ich den Titel zu bewilligen.

Abg. Frhr. v. Frankenstein verwahrt sich gegen den Vor-  
wurf der Inkonsequenz. Seine Freunde werden alle Titel ablehnen,  
die erste Raten enthalten, aber nicht weitere Raten ablehnen, nachdem  
die Raten für das Terrain bewilligt ist.

In namentlicher Abstimmung wird darauf die Position  
mit 115 gegen 106 Stimmen angenommen.

Zur Erweiterung bezw. Neuvermehrung von Artillerie-Schießplätzen  
4,969,846 M. gefordert. Die Kommission beantragt, diese Summe  
um 1,388,014 M. zu ermäßigen. Der Kommissionsantrag wird an-  
genommen. Ferner werden nach dem Kommissionsantrag 200,000 M.  
als erste Rate zum Bau einer Trainskaserne in Magdeburg  
gefordert. Die Kommission beantragt Ablehnung.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff bittet, die  
Summe zu bewilligen. Der Neubau sei sehr dringlich, die jetzt be-  
wohnte Kaserne müsse wegen Baufälligkeit bereits am 1. Juli geräumt  
werden. Eher könne mit dem Kasernenbau in Folgejahr noch ein  
Jahr gewartet werden.

Die Position wird bewilligt.

Bei Tit. 24 (Neubau eines Lazareths in Gadersleben 60,000  
Mark) bitten die Abg. v. Kardorff und v. Bennigsen um  
die Bewilligung des Titels, da man dadurch zugleich der Meinung  
entgegenzutreten könne, als ob Schleswig jemals an Dänemark zurück-  
fallen solle.

Abg. Windthorst findet diese Begründung ridikul, wird jedoch  
vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Ausdruck un-  
parlamentarisch sei.

Abg. Richter (Hagen) hält es derselben Meinung, wie der Abg.  
Windthorst. Wenn man diese Ansicht vertreten wollte, müßte man in  
allen Grenzdistrikten alle Bauten bewilligen, um nur die Bevölkerung  
zu beruhigen. Mit demselben Argumente habe man auch bei der Be-  
rathung der Unteroffizierschule operirt.

Abg. Graf Hohenhausen hält den Bau aus den vom Abg.  
Kardorff angeführten Gründen für nothwendig. Es sei schon viel ge-  
schehen, um die Ansicht zu nähern, die mehr und mehr im Volke Fuß  
gefaßt hat, der Reichstag müsse auch einmal etwas thun, um diese  
Ansicht zu zerstreuen. (Bravo!)

Minister v. Bronsart: Ich gebe die Erklärung ab, daß die  
Regierung aus politischen und militärischen Gründen auf die Bewillig-  
ung des Titels Werth legt.

Abg. v. Bennigsen: Der Abg. Windthorst ist um seine harm-  
lose Ansicht von der Sache zu beneiden. Es ist Pflicht, in Grenz-  
distrikten auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen,  
und ich hoffe, daß hier der Beschluß der Kommission, trotz des Wider-  
spruchs des Zentrums, angenommen werden wird.

Abg. Windthorst: Ich kann mich aus den hochpolitischen  
Gründen, die hier nicht hineingehören, nicht entschließen, den Kasernen-  
bau zu bewilligen.

Abg. Dr. Bamberger: Wie sich die Meinung verbreiten  
konnte, daß Deutschland Schleswig abtreten habe, ist mir unbegreiflich.  
Ich glaube aber, daß wir keine Verpflichtung haben, auf derartige po-  
litische Gründe bei unseren Berathungen Rücksicht zu nehmen. Im  
Jahre 1868 bei Gelegenheit der Berathung über die Flotte hat sich  
der Reichstagsler gegen jede politische Erwägung des Reichstags als  
Ausdehnung der Rechte desselben gegenüber den Rechten der verbün-  
deten Regierungen scharf ausgesprochen und demnach gehandelt. Dem  
gegenüber müssen auch wir eifervoll über unsere Rechte wachen,  
zumal, wenn wir sehen, wie man bestrebt ist, dieses Recht uns zu ver-  
schwämmern.

Abg. v. Kardorff: Abg. Richter hat nicht gut daran gethan,  
an Neu-Breisach zu erinnern, denn die Folgen der Ablehnung der  
dortigen Unteroffizierschulen sind die, daß wir den Unteroffizieren eine  
Zulage von zusammen 200,000 Mark gewährt haben.

Abg. Richter (Hagen): Die Zulagen werden bereits seit zehn  
Jahren wegen der theuren Lebensverhältnisse gezahlt und sind nicht  
erst die Folge der Ablehnung der Unteroffizierschule.

Der Titel wird mit 119 gegen 97 Stimmen abgelehnt.

Bei Tit. 26 (zweite Rate für Neubau des Kasernements in  
Wandsbeck 300,000 Mark) erklart

Abg. Richter (Hagen), diese Position abzulehnen; sie sei schon  
einmal abgelehnt und es habe sich seitdem nichts an den Verhältnissen  
geändert. Die Bewilligung der Mittel für das Terrain sei für ihn  
nicht bindend zur Bewilligung des Baues.

Abg. Windthorst: Es handelt sich hier um eine zweite Rate,  
wir werden deshalb für die Position stimmen.

Abg. Prinz zu Carloth schildert die Zustände in den Kaser-  
nements zu Jhehoe, wo die beiden Eskadrons jetzt noch liegen, als  
durchaus ungesund und unzulänglich und die Uebersiedelung der Mann-  
schaften für bald erforderlich.

Die Position wird genehmigt, dagegen die zum Bau einer Kaserne  
in Folgejahr geforderten 300,000 Mark ohne Debatte abge-  
lehnt.

Der Rest des Militäretats passiert ohne Debatte.  
Es folgt der Etat des Allgemeinen Pensionsfonds.

Abg. Dr. Groß bittet die Regierung um Vorlegung eines Ge-  
setzes zur Schadloshaltung derjenigen Invaliden, die sich nicht recht-  
zeitig um die Pensionen beworben haben. Ein Theil der Invaliden aus  
den letzten Kriegen müsse jetzt im Bettlergewande einherstreiten und  
um Almosen flehen. Das sei für die Invaliden eines Landes wie  
Deutschland unwürdig.

Abg. Dr. v. Bunsen hält die Schilderungen des Vorredners  
für übertrieben. Es geschehe viel für die Invaliden von Seiten des  
Dispositionsfonds des Kaisers und durch andere Stiftungen.

Abg. Dr. Groß wünscht, daß noch mehr geschehe für die Inva-  
liden, besonders aus dem Invalidenfonds, der bereits 445 Millionen  
beträgt, könne noch viel für die armen Leute geschehen.

Der Etat wird genehmigt; ebenso ohne Debatte der Etat für die  
Verwaltung der Eisenbahnen und die Einnahmen an Zöllen, Ver-  
brauchssteuern und Aversen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.  
Mit Bezug auf den noch unerledigten Nachtragsetat für den Bau  
des Reichstagsgebäudes macht Staatssekretär von Böttcher die Mit-  
theilung, daß das Gutachten der Akademie für das Baugesam-  
ment, selbst darüber urtheilen zu können. Wenn die Mitglieder auf das Gut-  
achten der Akademie und auf ein Exemplar des Planes, das erst am  
Dienstag in ihren Händen sein kann, verzichten wollten, dann stehe  
nichts im Wege, den Nachtragsetat schon morgen zu beraten.

Abg. Dr. Reichensperger (Krefeld) wünscht, bis Dienstag  
zu warten, da man es der Akademie schuldig sei, ihr Gutachten ab-  
zuwarten.

Die Abgg. Bamberger, Stephan und Gervig treten  
für Berathung des Nachtragsetats am Sonnabend ein, da es sich da-  
bei eben nur um Bewilligung der Mittel, nicht um eine ästhetische  
Kritik des Planes handelt.

Abg. v. Heereman wünscht gleichfalls den Nachtragsetat  
morgen beraten zu sehen, da die Angelegenheit in eine heillos ver-  
worrene Lage käme, wenn sie nicht vor Vertagung des Reichstages er-  
ledigt wäre.

Abg. v. Bennigsen wünscht, daß morgen eine Sitzung der  
Reichstagskommission stattfinden, worauf  
Staatssekretär v. Böttcher die Mitglieder um 12 Uhr zu einer  
solchen einladet.

Nächste Sitzung: Sonntag 1 Uhr; Tagesordnung: Nachtrags-  
etat für den Rest des Reichstagsgebäudes; Etat.  
Schluß 5½ Uhr.

## Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

77. Sitzung.

Berlin, 8. Juni. Am Ministertisch: v. Puttkamer, v. Götler  
Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Petitionskommission  
über die Petition des Zentralvorstandes des „Allgemeinen Deutschen  
Handwerkerbundes“, unterzeichnet von dem Vorsitzenden S. G. Meyer,  
betreffend die Einführung von Handwerkerkassen. Von Seiten des  
Vertreters der Staatsregierung sind Bedenken erhoben bezüglich der  
Zulässigkeit solcher unter einem Kollektivnamen einge-  
brachten Petitionen, und das Herrenhaus hat aus dem fraglichen for-  
malen Grunde auf Grund des Art. 32 der Verfassung, monach Peti-  
tionen unter einem Gesamtnamen nur Behörden und Kor-  
porationen gestattet sind, die Berathung der Petition abgelehnt.

Die Petitionskommission hat nun die weitere Berathung der Pe-  
tition vorläufig ausgesetzt und sich zunächst mit der Präjudizfrage be-  
faßt: ob und wie weit solche Petitionen unter einem Gesamtnamen,  
die aber zugleich die Unterschrift einzelner Personen tragen, ohne Wi-  
derspruch gegen Art. 32 der Verfassungsbefugnisse zulässig erscheinen.  
Die Kommission ist zur Verneinung der Zulässigkeit gekommen und be-  
antragt mit Rücksicht auf die Bestimmung des Art. 32 der Verfassung  
über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Janssen (Zentrum) beantragt dagegen, die Petitionen zur  
materiellen Prüfung an die Kommission zurückzugeben. Redner führt  
aus, daß das ursprünglich unbegrenzte Petitionsrecht in der französischen  
Schiedszeit beschränkt worden sei, weil damals die gesetzgebenden  
Körperschaften durch Petitionen des Jacobinerflusses aufs Aergste terro-  
risirt worden sind und unter der Form der Petition das Gesetz diktiert  
hätten. Diese Vorgänge haben dazu geführt, das Petitionsrecht in den  
weiteren Verfassungen mit Vorsichtsmäßigkeiten zu umgeben. Wie diese  
Maßregel in die preussische Verfassung hineingekommen ist, ergebe sich  
aus den parlamentarischen Verhandlungen nicht, jedenfalls haben wir  
in Preußen bewaffnete Petenten nicht zu befürchten. Wenn man diese  
Bestimmung streng auffasse, so wäre sie gegenüber den Vereinsverhält-  
nissen in Preußen durchaus unpassend und müßte als eine unzulässige  
Beschränkung des Petitionsrechtes angesehen werden. Das Abgeord-  
netenhaus habe im Gegensatz zum Herrenhaus sich im Interesse des  
Petitionsrechtes stets an diese Auffassung gehalten und es wäre zu  
empfehlen, dabei zu beharren.

Abg. Franke: Artikel 32 läßt eine andere Interpretation, als  
wie sie von Seiten der Kommission geübt worden ist, nicht zu. Im  
Interesse des Petitionsrechtes wäre es angezeigt, den Art. 32 zu ändern.

Abg. Biesbach und Abg. Weyerburg stellen sich auf den  
Standpunkt des Abg. Janssen, während Abg. Götting den Kom-  
missionsantrag empfiehlt.

Der letztere wird angenommen.

Es folgen Petitionen von Bewohnern des Dorfes Düppel wegen  
Vergütung von Kriegsschäden.

Durch die Belagerung des Dorfes im Jahre 1864 ist demselben  
ein Schaden von 600,000 Mark erwachsen, wovon zwei Fünftel aus  
der Staatskasse ersetzt worden sind, wegen der restirenden drei Fünftel  
sind die Geschädigten an den Provinziallandtag gewiesen worden, der



indessen jeden Antrag abgelehnt hat. Sie petitioniren nunmehr um Erlass des Gesetzes aus der Staatskasse.

Die Kommission hatte beschlossen, diese Petitionen für ungeeignet im Plenum zu erklären, weil nicht klar sei, wie weit ersatzberechtigende Forderungen vorlägen.

Auf den Antrag des Abg. Lassen wird diese Petition jedoch zur Erörterung im Plenum gestellt.

Abg. Lassen giebt eine Schilderung der den Bewohnern Düppels entstandenen Kriegsschäden und beantragt schließlich, die Petitionen der Regierung zur näheren Prüfung und mit dem Ersuchen zu überweisen, event. die ferneren notwendigen Schritte zur Auszahlung einer billigen Entschädigung für die in Düppel und Umgegend im Jahre 1864 erlittenen, noch nicht bezahlten Kriegsschäden veranlassen zu wollen.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung des Antrags Lassen auf Annahme eines Gesetzes, betreffend die Unterrichtssprache sowie den Unterricht in deutscher Sprache in den nordschleswig'schen Volksschulen.

Dieser Antrag ist unterstützt von den Mitgliedern der polnischen Fraktion und bewirkt die Einführung der dänischen Unterrichtssprache in den Volksschulen derjenigen Distrikte, wo die Volkssprache hauptsächlich die dänische ist.

Abg. Lassen begründet in längerer, auf der Tribüne jedoch unverständlicher Ausführung seinen Antrag.

Minister v. Götter: Es ist mir leider nicht möglich gewesen, dem Herrn Vorredner in allen Punkten zu folgen und so kann es kommen, daß ich solche Punkte, die der Abg. Lassen für wichtig hält, übergehe und nur solche beantworte, die er für nebensächlich erachtet. Der Herr Vorredner hat selbst anerkannt, daß die Kinder in Schleswig deutsch lernen müssen, er steht nur insofern im Gegensatz zu uns, als er eine wöchentliche Stundenzahl von 7 für den deutschen Unterricht für ausreichend erachtet, während wir glauben, daß 12 Stunden notwendig seien. Ich glaube nicht, daß sich diese Frage gesetzlich hier im Hause wird regeln lassen. Wir halten aber daran fest, daß die Kinder beim Verlassen der Volksschule im Deutschen die gleiche Fertigkeit wie im Dänischen besitzen, und das ist um so notwendiger, weil das Deutsche im Handel und Verkehr stets die herrschende Sprache in Schleswig gewesen ist. Es ist noch nicht eine einzige Beschwerde in dieser Richtung an uns gelangt, aber bei den Inspektionen ist sehr oft der Wunsch an uns gerichtet worden, mehr für den Unterricht im Deutschen zu thun. Der Antragsteller kann sich also wohl nicht auf die Wünsche der Interessenten bei seinem Antrag beziehen. Der Abg. Lassen hat auch darauf hingewiesen, wie milde die dänische Regierung gegenüber den Deutschen verfahren ist; ich bin aber in der Lage, ihm hier einen positiven Widerspruch entgegenzusetzen. In Bezirken, wo ausschließlich deutsch gesprochen wurde, wurde, obwohl das Deutsche auch die herrschende Sprache in der Armee und im ganzen öffentlichen Leben Schleswigs gewesen ist, die sofortige Einführung des Dänischen in der Volksschule anempföhlen; wogegen von dem preussischen und österreichischen Administrator Protest erhoben wurde. Die Verfügungen von 1871 und 1878 entsprechen ganz der Entwicklung der Verhältnisse und der Bevölkerung und das jetzt beobachtete Prinzip steht keineswegs im Gegensatz zu dem Patent von 1867. Der Abg. Lassen hat auch erzählt, daß ein Lehrer, der seine Zöglinge fragte, welcher Nation sie angehörten und von diesen die Antwort erhielt, daß sie Deutsche seien, diese Antwort nicht verbessert habe. Der Abg. Lassen hätte gewünscht, daß er die Zöglinge dahin belehrt hätte, daß sie Dänen seien, augeblicklich unter preussischer Herrschaft. (Weiterkeit.) Nun, meine Herren, die Herzogthümer sind durch regelrechte Verträge abgetreten worden und mit Gottes Hilfe wird es auch so bleiben (Bravo!) und Sie werden nie eine preussische Regierung haben, welche freiwillig die Herzogthümer abgibt. Ich bitte Sie, lehnen Sie den Antrag ab. (Bravo!)

Abg. Jürgensen beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Für die Schleswiger sei es schon vor der Annexion ein Bedürfnis gewesen, Deutsche zu werden und deutsch zu sprechen und tatsächlich sei die deutsche Sprache im Lande stets weit verbreitet gewesen. Die Verbindung Schleswigs mit Deutschland und Preußen könne nur dann eine innerliche sein, wenn die deutsche Sprache allgemein gesprochen werde, dann erst würden die Schleswiger von den Staatseinrichtungen profitieren, dann auch erst sich am öffentlichen Leben betheiligen können.

Abg. Kantak erklärt sich gegen die Tagesordnung. Er gehöre einer Nation an, die unter einem gleichen Zwange lebe, das sei seine Legitimation zur Sache. Der Abg. Lassen will keineswegs, daß die deutsche Sprache nicht von den Kindern gelernt werde, er will nur nicht, daß die Kinder in einer fremden Sprache unterrichtet werden. Das Germanisierungssystem ist unnützlich einer großen Nation (Unruhe), Sie können Staaten annectiren, aber Sie haben kein Recht, in das innerste Gebiet des Herzens einzugreifen. Sie haben ein feines Gefühl, wenn Ihnen ein Unrecht geschieht, aber für das Recht anderer Nationen haben Sie kein Gefühl (Unruhe). Der Abg. Lassen hat nicht von einer Trennung von Preußen gesprochen (Minister v. Götter: Ja!), nun, hat er es gethan, ich habe es allerdings nicht gehört, so geschah es in dem Sinne, daß man die Zukunft nicht vorhersehen könne. Ich bitte Sie, verwerfen Sie die einfache Tagesordnung und weisen Sie die Sache in die Kommission. (Bravo! bei den Polen.)

Der Antrag Jürgensen wird angenommen; dagegen stimmen außer dem Antragsteller: die Polen, ein Theil des Centrums, einige Liberale und Abg. Dr. Stern.

Es folgt die Petition von Einwohnern der Stadt Grottkau wegen des Ausgangspunktes der Verbindungsbahn zwischen Schiedlow und der Reisse-Briege Bahn.

Die Kommission beantragt die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Geb. Rath Diehoff bittet über die Petition zur Tagesordnung überzugehen, da die Regierung nach eingehender Prüfung der Frage sich nicht in der Lage befindet, den Wünschen der Petenten Rechnung zu tragen.

Abg. Scholz (Reise) beantragt die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Dieser Antrag wird, nachdem er von dem Abg. v. Sönika empfohlen ist, angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 9 Uhr; Tagesordnung: Verwaltungs-gesetze, Kanalvorlage und Strombauvorlage.

Schluß 12½ Uhr.

## Herrenhaus.

### 15. Sitzung.

Berlin, 8. Juni. Am Regierungstische: Friedberg. Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Die Kommission für das kirchenpolitische Gesetz ist gewählt und hat ihre Konstituierung vollzogen: Vorsitzender Graf zur Lippe, Stellvertreter Graf Brühl, Schriftführer Adams, Stellvertreter von Brand.

Zur Beratung steht die Substitutionsordnung, welche im Abgeordnetenhaus in der 1. S. vom Herrenhause beschlossenen Fassung nicht überall Zustimmung gefunden hat, und deshalb hierher zurückgelangt ist.

Referent Professor Dr. Dernburg empfiehlt, dem Gesetze mit den von anderen Häuse vorgenommenen Änderungen zuzustimmen.

Auf Antrag der Herren von Bernuth und Meyer (Selle) wird der Entwurf in der modifizirten Fassung en bloc angenommen.

Es folgt die einmalige Schlussberatung über das zur Substitutionsordnung gehörige Kostengesetz. Beigeordneter Adams referirt über dasselbe und beschwört die Annahme nach den Beschlüssen des anderen Hauses.

Eine Debatte erhebt sich nicht; das Gesetz wird unverändert einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung unbefristet. Schluß 12½ Uhr.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 8. Juni. [Die kirchenpolitische Vorlage. Die Etatsberatung im Reichstage.] Wie allgemein die Ueberzeugung ist, daß die bisherige Position des Staates im kirchenpolitischen Kampfe durch die Einbringung der neuesten Vorlage seitens der Regierung geräumt worden, dafür ist das äußerst geringe Maß von Interesse, womit man den Fraktions- und Kommissionsberatungen entgegensteht, bezeichnend. Benignen von der Spannung, welche 1880 und 1882 während der verschiedenen Stadien des damaligen Kampfes um die beiden früheren kirchenpolitischen Novellen herrschte, ist kaum eine Spur zu bemerken. Zwar werden von den Fraktionen, und zwar besonders von der national-liberalen und der liberalen, Amendirungen, natürlich in entgegengesetzter Richtung, in der Kommission versucht werden; aber zu dem 1880 und 1882 dagewesenen Versuche der Parteien, sich gegenseitig „auszumanoevriren“, Einzelbestimmungen durchzusetzen, welche den Gegnern die schließliche Zustimmung zu dem ganzen Gesetze unmöglich machen sollten — was 1880 den National-Liberalen und 1882 den Liberalen gelang — fehlen diesmal die Voraussetzungen. So unerwünscht dem Centrum manche Einzelheiten des Entwurfs auch sind, es wird ihn nöthigenfalls, wenn es keine Abänderungen dieser erlangen kann, mit Haut und Haar annehmen; und in dieser Thatsache liegt im Voraus die Entscheidung, so lange man nicht Grund zu der Vermuthung hat, die Regierung wüßte insgeheim eine prinzipielle, antikirchliche Abänderung ihres Entwurfes. Eine solche könnte nach der Lage der Sache nur darin bestehen, daß die von der Regierung bei dem vorgeschlagenen Verzicht auf die Benennung der Hilfsgeistlichen stillschweigend gehegte Voraussetzung, die Kurie werde dafür die Benennung der Pfarrer und nicht abberufbaren Vikare zugestehen, als ausdrückliche Bedingung in das Gesetz geschrieben würde. Es liegt indeß bis jetzt kein Anlaß zu der Meinung vor, daß die Regierung etwas Derartiges wünscht, und demgemäß wird das Prinzip der Vorlage, die Modifikation der Anzeigepflicht, durch die Stimmen der Konservativen und — wenn dem Centrum nicht eine ausreichende Anzahl Liberaler den Gefallen thut — der Liberalen beschlossen werden. Fürst Bismarck hofft, wie man hört, mehr als je, gerade durch diese Vorlage, durch die Ermöglichung der Besetzung der erledigten geistlichen Stellen, die katholische Bevölkerung zu einer politischen Haltung zu bewegen, welche dem Centrum die Unterstützung der Regierung noch besser, als bisher, ermöglicht, resp. ihm dieselbe geradezu vorschreibt. Wie viele und wie verschiedene Dinge man sich von den verschiedenen Seiten von der Beendigung des „Kulturkampfes“ verspricht! Sicher ist dabei lediglich, daß die Staatsgewalt nicht das erreicht, was sie erstrebt hat. — Der Abschluß der Etatsberatung im Laufe des Juni unterliegt jetzt kaum mehr einem Zweifel. Als Jphen berichtet wurde, daß die dritte Lesung wohl unter Zustimmung der Regierung unterbleiben würde, hatte dies guten Grund; man wurde bereits darauf vorbereitet durch die vertrauliche Verbreitung der Angabe, es sei gar nicht der Kanzler, sondern ein anderer, namentlich genannter Minister gewesen, welcher die Angelegenheit so sehr forcirt habe. Da sich aber inzwischen mehr Dienstwilligkeit, als selbst die Regierung erwartet hatte, für die vollständige Absolvierung des Etats zur Verfügung stellte, so ist es natürlich, daß mit verstärkter Energie darauf bestanden wurde. So geht es denn im Geschwindschritt vorwärts; heute war der Präsident, welcher die stillschweigend genehmigten Positionen verkündete, fast der Hauptredner.

S. Den neuesten Dispositionen zufolge wird der Kaiser bis zu seiner Abreise nach Ems in Berlin verweilen, und nicht, wie beabsichtigt war, noch vorher einen kurzen Aufenthalt auf Schloß Babelsberg nehmen. Es geschieht dies auf besonderes Anrathen der kaiserlichen Aerzte, welche trotz der herrlichen Witterung, die durch die umliegenden Seen meist kühle Temperatur in Babelsberg für den Gesundheitszustand des hohen Herrn nicht zuträglich erachten. Die Nachricht, daß der Kaiser bei seiner späteren Reise nach Gastein in diesem Jahre von dem Oberhofprediger Dr. Kögel begleitet sein wird, beruht auf einem Irrthum; im Gefolge des Monarchen pflegt sich auf dessen Reisen niemals ein Geistlicher zu befinden. Der kaiserliche Leibarzt, Stabsarzt Dr. Timann, welcher seines leidenden Zustandes wegen den Winter im Süden zubringen mußte, ist im besten Wohlfühlen hierher zurückgekehrt und hat bereits wieder den Dienst beim Kaiser übernommen.

Waren auch die ersten Gerüchte, welche über die neuliche Erkrankung des Berliner Polizeipräsidenten verbreitet wurden, weit übertrieben, so war doch auch die unmittelbar nachher verbreitete Nachricht, daß es sich nur um ein leichtes vorübergehendes Unwohlsein handle, keineswegs der Wahrheit entsprechend. Das Befinden des Herrn von Madai ist zwar nicht schlechter geworden und giebt auch nicht zu ernstlichen Besorgnissen für das Leben Anlaß, aber es liegt die Annahme fern, daß der bejahrte Mann seine Funktionen wieder werde übernehmen können. Vielmehr erscheint ein zum Herbst dieses Jahres erfolgbarer Wechsel in der Besetzung des Berliner Polizeipräsidiums wahrscheinlich. Als Nachfolger des Herrn v. Madai wird vielfach der gegenwärtige Landrath des Teltower Kreises, Prinz Sandjery, genannt, der schon seit Jahren für diese Stelle in Aussicht genommen sein soll; neuerdings taucht noch eine weitere Kandidatur auf, die des Polizei-Präsidenten Sengenhausen in Frankfurt a. M., von dem es schon am Tage nach der Erkrankung v. Madai's hieß, daß er zur interimistischen Leitung des Polizei-Präsidiums berufen werden würde.

Am 7. Juni wurde eine Plenarsitzung des Bundesraths abgehalten. Der Vorsitzende legte der Versammlung

vor: die Beschlüsse des Reichstags, betreffend die Genehmigung des Handels- und Schiffsahrtsvertrages zwischen dem deutschen Reich und Italien, und betreffend den Gesetzentwurf wegen Abänderung der Gewerbeordnung, sowie die Resolution des Reichstags wegen Herstellung einer Vertheilungsordnung. Die Beschlussfassung über die letztere Resolution sowie über den Gesetzentwurf wegen Abänderung der Gewerbeordnung wurde vorbehalten. Den zuständigen Ausschüssen wurden zur Vorberatung überwiesen: Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Prüfungsgerichtsbarkeit und der Antrag betreffend die Bewilligung gemischter Privattransitlager von Bau- und Nutzholz in Hamburg. Die Versammlung ertheilte dem Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter in der von dem Reichstage beschlossenen abgeänderten Fassung ihre Zustimmung. Eine auf diesen Gesetzentwurf bezügliche Eingabe wurde durch diesen Beschluß für erledigt erachtet. Die Anträge der Ausschüsse in Betreff der Befähigung von Bahnpolizeibeamten und Lokomotivführern für Eisenbahnen untergeordneter Bedeutung, sowie in Betreff der vollständigen Behandlung der zur internationalen landwirtschaftlichen Thierausstellung in Hamburg gesandten Gegenstände, fanden die Zustimmung der Versammlung.

— Zur kirchenpolitischen Lage schreibt der vatikanische Korrespondent des „Westf. Merk.“:

„Man weiß hier recht gut, daß ein Friede — der mit den deutschen Katholiken unter Umgehung des Vatikans abgeschlossen werden soll — eine diplomatische Utopie, eine politische Illusion bleibt. Der Weg zum Accord führt nur über Rom. Seitenpläne giebt es in dieser Beziehung nicht. Was die erwartete preussische Antwort anbelangt, so scheint es maßgebenden Ortes noch nicht bestimmt, ob dieselbe in regulärer Form als Note oder nur mündlich ertheilt werden wird. Man ist hier ja sehr gut darüber unterrichtet, daß Preußen einen „modus vivendi“ mit seinen katholischen Unterthanen vorbereitet, aber eine Vereinbarung mit dem hl. Stuhle nicht für nöthig erachtet. Indessen macht man sich hierüber nicht die geringsten Sorgen; denn man weiß nur zu gut, daß Preußen das, was ihm der Apostolische Stuhl nicht concedirt, von den preussischen Katholiken und ihren parlamentarischen Mandatären nun und nimmermehr, ja in alle Ewigkeit nicht erlangen kann.“

— Vom Vize-Admiral Matsch erhält die „Weser-Zeitung“ folgende Zuschrift:

„Weimar, 6. Juni 1883. Herr Redakteur! Eine der kürzlich erschienenen Nummern Ihrer Zeitung enthält die angeblich aus „höheren Marinekreisen“ stammende Mittheilung, ein Abschiedsgesuch sei bei meiner letzten Anwesenheit in Berlin von mir zurückgenommen worden. Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuche ich um gefällige Richtigstellung jener Mittheilung. Es steht mir nicht zu, mich über die Thatsache eines eingereichten Abschiedsgesuchs zu äußern, noch weniger aber ist irgend Jemand berechtigt, die Zurücknahme eines solchen zu imputiren, und die Mittheilung entbehrt der tatsächlichen Unterlage.“

## Locales und Provinzielles.

### Weser, 9. Juni.

d. Die hiesige Schneiderinnung, welche gegenwärtig 300 Jahre besteht und deren Privilegien noch aus den Zeiten der polnischen Könige Stephan Batory und Sigismund III. stammen, feiert ihr 300-jähriges Jubiläum Sonntag den 17. Juni d. J. In der Franziskaner-Kirche findet Morgens 8 Uhr für die Innung ein Gottesdienst statt, und Nachmittags wird ein Sommerfest in der Villa Gehlen (Tropolitz) abgehalten.

o Gnesen, 8. Juni. [Landgestüt. Bauhätigkeit.] Die Auführung der Gebäude für das hier projectirte Landgestüt hat nunmehr ihren Anfang genommen. Zunächst wird der Stall für die 150 bis 180 hier zu internirenden Pferde erbaut, worauf im nächsten Jahre auch die übrigen Bauten in Angriff genommen werden sollen. Bei dem Bau sind etwa 50 Arbeiter beschäftigt und haben auf längere Zeit lohnenden Verdienst in Aussicht. Die Stadt hofft in dem Landgestüt einen neuen Hebel zum Wohlstande gewonnen zu haben. — Abgesehen von dem vorbeschriebenen Bau sind auch in der Stadt wieder mehrere großartig angelegte Gebäude im Entstehen begriffen. Die alten niedrigen Häuser verschwinden wenigstens in den Hauptstraßen der Stadt immer mehr und neue imposante Gebäude treten an ihre Stelle. Besonders in den letzten 10 Jahren hat sich in unserem Orte eine recht rege Baulust fundgegeben. Vielfach ist dieser Umstand auf das gute Vorbild mehrerer Herren, die Aemter bei der Stadtverwaltung bekleiden und denen somit das Interesse der Stadt am Herzen liegt, zurückzuführen.

### Wollmärkte.

Breslau, 8. Juni, Mittags 12 Uhr 30. Min. Nachdem schon gestern auf den Lagern zu dem bereits gemeldeten Preisausschlag von ca. 6 M. größere Abfälle zu Stande gekommen waren, gingen heute bei Eröffnung des offenen Marktes auch da die Käufer flott an das Geschäft. Bis jetzt ist reichlich die Hälfte verkauft. Die Anfuhr beträgt ca. 10,000 Zentner. Gut garathene Wollen erzielten 4—10 M. höhere, minder gelungene Wollen die vorjährigen Preise; die beliebtesten Wollen sind Mittelforten zu 160—180 M. Der Markt ist voraussichtlich heute Abend schon beendet.

Breslau, 8. Juni. Der Markt ist bei fester Stimmung zu dem bisherigen Aufschlage ziemlich geräumt und als beendet zu betrachten. Hauptkäufer blieben englische und inländische Fabrikanten, sowie Kommissäre für Frankreich und England.

## Telegraphische Nachrichten.

Osaka, 8. Juni. Die internationale Konvention, betreffend die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee ist heute auch von der ersten Kammer genehmigt worden.

Madrid 7. Juni. Im Senate erklärte der Minister des Auswärtigen auf eine Anfrage, die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland seien nicht abgebrochen worden.

London, 8. Juni. Gestern fand wiederum eine Versammlung von Schiffseignern statt in Angelegenheiten des geplanten neuen Suezkanals. Man nahm eine Resolution an, die Arbeit energisch fortzusetzen, da die von Graf Lesseps in der jüngsten Generalversammlung der Aktionäre abgegebenen Erklärungen sehr wenig befriedigend lauteten. In der nächsten Woche soll eine andere Versammlung stattfinden.

— Nach einem Telegramm des „Times“-Korrespondenten in Kalkutta aus Singapore von gestern wird dort ein Krieg zwischen Frankreich und China für durchaus unwahrscheinlich gehalten, die diesbezüglichen Nachrichten seien übertrieben.

Moskau, 8. Juni. Gestern Abend fand bei dem päpstlichen Kronenbotschafter, Cardinal-Erzbischof Vannutelli, ein



69,5 M. bez., per September-Oktober 60,5 M. Br. — Spiritus  
wenig verändert, per 10,000 Liter-<sup>100</sup>l. loco ohne Faß 56,8 M. bez.,  
per Juni und Juni-Juli 56,3—56,5 M. bez., Br. u. Gd., per Juli-  
August 57—56,9 M. bez., Br. u. Gd., per August-September 57,5  
M. bez., Br. und Gd., per September = Oktober 55,2 M. bezahlf.,  
55,3 M. Br. u. Gd. Angemeldet: 3000 Zentner Weizen, 2000 Ztr.  
Roggen. Regulirungspreise: Weizen 191,5 M., Roggen 144 M.  
Kl 561 69,5 M. bez., Spiritus 56,4 M. — Petroleum loco  
7,9 M. tr. bez., Regulirungspreis 7,9 M. tr. — Kartoffelmehl  
prima 27½—28½ M. per 100 Kilo Netto per Sack, sekunda fehlt.  
— Altien ohne Handel. (Höfner-Ztg.)



Produkten-Börse.

Berlin, 8. Juni. Wind: SO. Wetter: Schül.  
In den vorliegenden Berichten vom Lande findet sich wenig Anhalt für die trübe Auffassung der Ernteaussichten, wie sie die Fonds-börsen dokumentieren. Hier fehlte heute wieder jeder kräftigere Impuls, weshalb auch nirgends wesentliche Preisveränderungen Platz griffen.  
Lohn-Weizen still. Im Terminverkehr ging es still her. Anfänglich drückten Realisationen auf den Werth zunächst der nahen Sichten, welche sich dann aber wieder erholten und wie gestern schloffen. Die anderen Termine waren ziemlich leblos und schließlich auch kaum anders als gestern.  
Roggen-Effektivhandel war wieder fast ganz ins Stocken gerathen; zu schwach behaupteten Preisen gingen nur Kleinigkeiten um. Im Terminverkehr herrschte sehr wenig Leben und haben auch die Kurse während fast der ganzen Marktbauer keine nennenswerthe Veränderung erfahren; erst gegen Schluss wurde der Umstand, daß ein kleiner Königsberger Verschuß aus Gott weiß welchen Gründen zurückgeführt worden, von der Plaghauffe nach Kräften ausgebeutet, weshalb nahe Sichten reichlich 1/2 M. avancierten und fest schloffen.  
Lohn-Weizen fester. Termine behauptet. Roggenmehl preis-haltend, Mais still. Termine ermattend. Rüböl litt durch mäßige Zufügen von auswärt. Notierungen stellten sich durchgängig 1/2 M. niedriger.  
Petroleum besser. Spiritus erfuhr unter dem Eindrucke mäßiger, durch verstärkte Ründigungen veranlaßter Realisationen einen Rückgang von 30 Pf., an welchem alle Termine gleichmäßig theilhaftig waren. Der Schluss blieb matt.  
(Antl.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 140-215 Mark nach Qual., gelbe Lieferungsqualität 185,5 Mark, feiner gelber - ab Bahn bezahlt, abgelassene Ründigungsheine vom 6. Juni 184 M. verk., schlechter - bezahlt, per diesen Monat 186,25-185,75-186 bez.,

per Juni-Juli 186,25-185,75-186 bez., per Juli-August 189 bez., per August-September - bez., per September-Oktober 195 bezahl., per Oktober-November - M. bez. Durchschnittspreis - bez. Gefündigt 24,000 Rtr. per 6000 Kilogr.  
Roggen per 1000 Kilogramm loco 135-148 nach Qualität, Lieferungsqualität 146 M. bez., feiner - M. ab Boden und Bahn bez., geringer - bezahlt, mittel und guter - ab Bahn bezahlt, ordinarer mit Geruch - ab Bahn bez., per diesen Monat 146,5-147,25 bez., per Mai-Juni - bez., per Juni-Juli 146,5-147,25 bezahl., per Juli-August 147,5-148 bezahl., per August-September - bezahlt, per September-Oktober 151-151,25 bez., per Oktober-November 151,5-152 Durchschnittspreis - M. Gefündigt 13,000 Rntner. Ründigungspreis - M.  
Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 125-180 nach Qualität, schlechte mittel - M., Oberbrucher - M., geringer mähr. - M., mährische - ab Bahn bez.  
Hafer per 1000 Kilogramm loco 130-157 nach Qualität, Lieferungsqualität 130,5 M., guter pomm. 132-140 M. mittel - M., guter preussischer 140-145 ab Bahn u. Bahn bezahlt, feiner - bezahlt, guter schlechter 132-137 bez., feiner 142-150 bez., russischer - M., diesen Monat 131 bezahlt, per Mai-Juni - nom., per Juni-Juli 131 bezahlt, per Juli-August 132,5 bezahlt, per September-Oktober 136,5 bezahlt. Gefündigt 1000 Rntner. Ründigungspreis M. per 1000 Kilo.  
Mais loco 142-144 nach Qual., per diesen Monat 142,75-142 bez., Mai-Juni - nom. - Gefündigt - Rtr.  
Erbsen Kochwaare 170-220, Futterwaare 150-165 per 1000 Kilogramm nach Qualität.  
Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Loko und per diesen Monat 27,75 M., Mai-Juni - per Juni-Juli - Mark, per Juli-August 28,25 M. bez., per September-Oktober - bezahlt. Gefündigt - Rtr.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Loko und per diesen Monat 27,75 M., per Mai-Juni - Juni-Juli - per Juli-August 28,25 M. bez., - Br., per September-Oktober - bez. Gefündigt - Rtr.  
Feuchte Kartoffelstärke pro 100 Kilogramm brutto incl. Sack. Loko und per diesen Monat - per Oktober-November - bez. Durchschnittspreis - M.  
Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert incl. Sack per diesen Monat 20,60 bezahlt per Mai-Juni M. bezahlt, per Juni-Juli 20,60 bezahlt, per Juli-August 20,90-20,95 bezahlt, per September-Oktober 21,15-21,25 bezahlt, per Oktober-Nov. - bezahlt. Gefündigt - Rtr.  
Weizenmehl Nr. 00 27,50-25,25, Nr. 0 24,75-23,25, Nr. 0 u. 1 22,00-20,50. Roggenmehl Nr. 0 22,25-21,25, Nr. 0 u. 1 20,75 bis 19,75. Feine Marken über Notiz bezahlt.  
Rüböl per 100 Kilogramm loco mit Fass - M., ohne Fass - bezahlt, per diesen Monat 72 bezahlt, per Juni-Juli - bezahlt, per September-Oktober 60-59,6-59,7 bez., per Oktober-November - bez., Gefündigt 400 Rntner.  
Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilo. mit Fass in Fässen von 100 Kilo. loco - per diesen Monat 24 M., September-Oktober 23,9-24 M. Gefündigt - Rtr. Durchschnittspreis - M.  
Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 56,8 bezahlt, abgelassene Anmeldungen - bezahlt, loco mit Fass - mit leichten Gebinden bezahlt, ab Speicher - bezahlt, frei Haus - M., per diesen Monat 56,6-56,3-56,4 bez., per Juni-Juli 56,6-56,3-56,4 bez., per Juli-August 57,2-56,8-56,9 bez., per August - bez., per August-September 57,5-57,2-57,4 bez., per September-Oktober 55,6-55,4-55,5 bez., per Oktober - bez., per Oktober-Nov. 54-54,1 bez., per November-Dezember - bez. Gefündigt 560.000 Liter

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 8. Juni. Die Börse eröffnete in reservirter Haltung, weil ihr von außen her jede Anregung fehlte; die gestrigen Pariser und Londoner Course konnten nicht mitwirken, weil sie still und geschäfts-unlustig bei schwacher Tendenz verlaufen waren und auch Wien meldete Geschäftstillstand und schwächere Notierungen. Daher war denn auch hier die Haltung eher matt zu nennen und das Geschäft bewegte sich innerhalb enger Grenzen.

Diese Geschäftstillstände drückte auf die Course der meisten Spekulationspapiere, ohne daß allerdings dabei eine besonders ausgeprägte Realisationslust hervorgetreten wäre. So wurden Kreditaktien nur wenig gehandelt, blühten aber dabei doch 4 M. ein und blieben lange auf diesem Niveau stehen. Ebenso verhielten sich Diskonto-Kommandit-Antheile, welche gegen gestern 1 1/2 pSt. billiger umgesetzt wurden. Andere spekulative Banken setzten vergebens ihren Cours etwas herunter, sie fanden trotzdem keine Beachtung, Franzosen und Lombarden erzielten je nur 2 M. weniger, Elbthal haben sogar einen Coursverlust von

3 M. erlitten. Auch die übrigen österreichischen Bahnen lagen matt. Auf dem Markt für inländische Bahnen war die Haltung gleichfalls schwach, Oberschlesische, Mecklenburger, Ostpreuss., Rechte Ober- u. Unter- waren nachgebend, dagegen Marienburger durch Dedungen etwas gehoben. Montanwerthe waren ganz lustlos, Laura und Dortmund gaben ein wenig nach, auch der Markt für fremde Renten, die mehrfach etwas niedriger waren, blieb unbelebt; ebenso Kassabanken und Banken. Inländische Fonds und Prioritäten waren fest, aber auch still. Der Privatdiskont 2 1/2 pSt.

Umschlagungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franken = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden sächs. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Rire Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.		Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien.		Berlin-Dresd. St. G.		Deft. St. B. (Elbeth.)		Kordb. Han.	
Kassab. 100 fl. 8 L.	4	Newport. St. Anl.	6	und Stamm-Prioritäts-Aktien.		Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Kordb. Grundf.	0
Brüss. u. Antwerpen	3 1/2	do. do.	7	Dividenden pro 1882.		Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
100 fr. 8 L.	3 1/2	Finnl. Looje	5	Nachn.-Rastrich	2 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
London 100 fl. 8 L.	4	Italienische Rente	5	Altona-Kiel	9 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Paris 100 fr. 8 L.	4	do. Tabaks-Dbl.	6	Berlin-Dresden	0	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Wien, 100 fl. 8 L.	4	do. Gold-Rente	4 1/2	Berlin-Hamburg	19 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Petersb. 100 R. 8 L.	6	do. Papier-Rente	4 1/2	Bresl.-S.-Rbg.	4 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Barth. 100 R. 8 L.	6	do. do.	5	Dortm.-Grön.-C.	2 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
		do. Silber-Rente	4 1/2	Halle-Sor.-Gub.	0	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Geldsorten und Banknoten.		do. 250 fl. 1854	4	Mainz-Ludwigsh.	3 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Coverigns pr. St.	20,43	do. Kredit. 1858	4	Ramb.-Mawla	0	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
20-Francs-Stück	16,26	do. Lott.-M. 1860	5	Rail. Frdr. Franz.	8 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Dollars pr. St.	4,21	do. do. 1864	5	Münst.-Enschede	13,75	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Imperial pr. St.	20,50	Best. Stadt-Anl.	6	Nordb.-Erf. gar.	28,00	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Engl. Banknot.	81,20	do. do. kleine	6	Obd. A. C. D. E.	11 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Franzöf. Banknot.	171,00	Poln. Pfandbriefe	5	do. (St. B. gar.)	11 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Defterr. Banknot.	201,75	do. Liquidat.	4	Dels.-Gnesen	0	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Russ. Noten 100 R.	201,75	Rum. mittel u. H.	3	Ditt. Südbahn	4	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Rückf. der Reichsbank.		do. St.-Obligat.	6	Rosen-Graub.	32,75	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Reichsb. 4 pSt., Lombard 5 pSt.		do. Staats-Dbl.	5	do. Ober- u. Bahn	8 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
		Russ. Engl. Anl. 1822	5	Starg. Josen gar.	4 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Fonds- und Staats-Papiere.		do. do. 1862	5	Züst.-Jüterb. gar.	0	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Dtsch. Reichs-Anl.	4	do. do. kleine	5	Weim.-Gera (gr.)	4	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Russ. Preuss. Anl.	4 1/2	do. konf. Anl. 1871	5	do. 2 1/2 konf.	2 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	4	do. do. kleine	5	do. do.	0	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Staats-Anleihe	4	do. do. 1872	5	Berra-Bahn	0	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Staats-Schuld.	3 1/2	do. do. 1873	5	Albrechtsbahn	32,70	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Russ. Reum. Schv.	3 1/2	do. Anleihe 1877	5	Kunst.-Kottendam	149,75	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Berl. Stadt-Oblig.	4 1/2	do. do. 1880	5	Kunst.-Zepitz	254,00	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	4	do. do. 1875	5	Baltisch (gar.)	53,80	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1876	5	Böhm. Westb. (gar.)	129,90	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Pfandbriefe.	5	do. do. 1877	5	Dup.-Bodenbach	7 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Berliner	4 1/2	do. do. 1878	5	Elb. Westb. (gar.)	94,90	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	4	do. do. 1879	5	Franz. Jof.	84,30	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Sandw. Central	4	do. do. 1880	5	Gal. (C.-L.) gr.	7,74	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Russ. u. Reumarkt.	3 1/2	do. do. 1881	5	Gottthardb. 95%	120,00	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. neue	3 1/2	do. do. 1882	5	Rasch.-Dobrb.	61,50	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	4	do. do. 1883	5	Rpr. Rudolfsb. gar.	71,40	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
A. Brandenburg Kredit	4	do. do. 1884	5	Lüttich-Burg	12,00	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
Ostpreussische	3 1/2	do. do. 1885	5	Def. Fr. St. J.	340,00	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1886	5	Def. Jhm. J.	4 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1887	5	do. B. G. J.	63,80	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1888	5	Reichenb.-Bard.	130,50	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1889	5	Russ. Stsb. (gar.)	60,30	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1890	5	Russ. Südb. (gar.)	43,75	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1891	5	Schweiz. Unionob.	16,60	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1892	5	Südb. p. S. i. M.	1	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1893	5	Turnau-Prager	69,40	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1894	5	Worarlberg (gr.)	218,00	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1895	5	Angerm.-Sam.	44,80	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1896	5	Berl. Dresd. St. P.	54,30	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1897	5	Bresl.-Warsh.	79,70	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1898	5	Hall.-S.-Gub.	106,20	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1899	5	Mariemb.-Mawla	110,60	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1900	5	Münst.-Enschede	27,50	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1901	5	Nordb.-Erfurt.	93,60	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1902	5	Oberlausitzer	78,30	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1903	5	Dels.-Gnesen	81,40	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1904	5	Ditt. Südb.	111,25	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1905	5	Rosen-Graub.	96,00	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1906	5	R. Oberst. St. P.	192,25	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1907	5	Saalbahn	90,00	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1908	5	Züst.-Jüterb.	97,75	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1909	5	Weimar-Gera	57,50	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1910	5	Dup.-Bodenb. A.	135,30	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1911	5	do. do. B.	7 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1912	5	Vom Staate erworbene Eisenb.		Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1913	5	Berl.-Stett. St. P.	4 1/2	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1914	5	Eisenbahn-Prioritäts-Aktien		Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1915	5	Berg-Märk. I. H. S.	102,90	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1916	5	do. III. Ser. St. P.	94,25	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1917	5	do. VIII. Ser.	102,90	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1918	5	do. IX. Ser.	104,25	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1919	5	Berlin-Anb. A. u. B.	103,30	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1920	5	Eisenbahn-Prioritäts-Aktien		Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1921	5	Berg-Märk. I. H. S.	102,90	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1922	5	do. III. Ser. St. P.	94,25	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1923	5	do. VIII. Ser.	102,90	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1924	5	do. IX. Ser.	104,25	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1925	5	Berlin-Anb. A. u. B.	103,30	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1926	5	Eisenbahn-Prioritäts-Aktien		Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1927	5	Berg-Märk. I. H. S.	102,90	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1928	5	do. III. Ser. St. P.	94,25	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1929	5	do. VIII. Ser.	102,90	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1930	5	do. IX. Ser.	104,25	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1931	5	Berlin-Anb. A. u. B.	103,30	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1932	5	Eisenbahn-Prioritäts-Aktien		Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.	9 1/2
do. do.	3 1/2	do. do. 1933	5	Berg-Märk. I. H. S.	102,90	Berl.-Dresd. St. G.	44	Deft. St. B. (Elbeth.)	5	Deft. Krd. u. St.</	